

Darmstadt, den 27.10.1977

Solidarität mit Manfred Coppik!

Für eine Politik der SPD im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung!

Wir erklären unsere Solidarität mit dem Genossen Manfred Coppik. Die Hetze der Reaktion gegen ihn und andere Bundestagsabgeordnete, die sich konsequent für sozialdemokratische Ziele eingesetzt haben, weisen wir zurück.

Coppik hat mit anderen Bundestagsabgeordneten die Interessen von Millionen Arbeitnehmern vertreten, als er gegen den Druck von F.D.P. und Unternehmerverbänden gegen das Steuerpaket stimmte. Er drückte damit die Notwendigkeit von politischen Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit aus, wie sie z.B. von Minister Rohde durch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm gefordert werden.

Den besonderen Haß zogen er und andere Bundestagsabgeordnete sich zu, als sie sich gegen die Diffamierung der Intellektuellen (Fall Rinser z.B.) und gegen das Kontaktsperregesetz wandten. Coppik will nicht, daß "die Rechnung der Terroristen aufgeht", deshalb ist er "gegen Jeden Abbau der Freiheitsrechte in unserem Land". Dies ist in der Geschichte immer wieder von der bürgerlichen Reaktion gegen die SPD und die Gewerkschaften ausgenutzt worden.

Sein leidenschaftlicher Appell an "alle, die in den 60 er Jahren angetreten sind, eine bessere, eine humanere Welt aufzubauen, und für den Reformschwung gesorgt haben" betrifft uns alle.

Der Weg des offensiven Eintretens für die Ziele der Sozialdemokratie, die Interessen der Arbeiterbewegung, die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung ist der Weg, der aus der Wahlniederlage in den Kommunalwahlen in Hessen herausführt.

Es muß damit begonnen werden, durch Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung, durch ein gemeinsames Vorgehen der SPD mit den Gewerkschaften gegen Arbeitslosigkeit und durch die Verteidigung der sozialen Errungenschaften und demokratischen Freiheitsrechte den Wahlsieg der CDU und damit von Dregger zu verhindern.

Daher setzt sich die JUSO-Hochschulgruppe der TH Darmstadt in der SPD dafür ein, daß auf einer hessenweiten Versammlung der SPD mit Coppik noch in diesem Jahr, auf der die SPD "Flagge zeigt" für eine Arbeitnehmerpolitik, gemeinsam mit den Gewerkschaften, organisiert wird.

beschlossen auf der Mitgliederversammlung vom 26.10., einstimmig